

Naivität wird bestraft

Ein paar Monate noch, dann ist es endlich so weit: Jürgen Brandes und seine Mitarbeiter feiern so etwas wie ihren energiepolitischen Unabhängigkeitstag. Brandes ist Geschäftsführer des Gleichstrom-Spezialisten Schaltbau im bayrischen Velden, und seine neue Musterfabrik wird zu 50 Prozent mit Fotovoltaikstrom aus eigener Produktion versorgt. Eine "Blaupause für die modernste Fertigung in Europa", sagt Brandes. Für weniger Energiepreissorgen. Für mehr Unabhängigkeit und Resilienz.

Doch Strom ist nur das eine. Das Unternehmen braucht auch jede Menge Kupfer, vor allem aus Chile und China. Die Firma erwirtschaftet rund 150 Millionen Euro Umsatz und hat sich langfristig abgesichert, sagt Brandes. Aber er spürt, dass Kupfer "mehr und mehr zum politischen Spielball wird". Er registriert, dass China stark in südamerikanische Lagerstätten investiert. Und er mahnt: "Wir müssen uns als Europäer die strategische Frage stellen, wie wir in Zukunft an die Materialien kommen." Brandes prognostiziert erste Engpässe "in zwei bis drei Jahren", wenn nicht schon früher. Und er vermisst "eine gemeinsame Politik, um den Bedarf zu decken".

Die Energiewende? Brandes ist dabei. Schnell weg von Russlands Putin-Gas, stattdessen viel erntefrischer Wind und eingesammelte Sonnenkraft? Klar doch, wenn's denn sein muss. Aber was, wenn auch die Preise für die vielen anderen Rohstoffe, die Deutschland braucht, um seinen Wohlstand zu erhalten, weiter steigen - und die Stoffe knapp und immer knapper werden?

PREISWERTE GRUNDNAHRUNGSMITTEL?

Es sind die Fragen aller Fragen in deutschen Unternehmen und Vorstandsetagen; es geht um nichts weniger als die Zukunftsfähigkeit ihrer Geschäftsmodelle. Rohstoffe sind nicht alles. Aber ohne Rohstoffe ist alles nichts. Gas, Kohle und Öl, auch Nickel, Kupfer und Lithium sind für Firmen nun mal das, was für Verbraucher Butter, Milch und Eier, Kartoffeln, Mehl und Nudeln sind: unentbehrliche Basisprodukte für eine ausdifferenzierte Ökonomie - unabdingbar für ihr Überleben. Und ganz so wie Aldi- und Lidl-Kunden haben sich auch Weltmarktführer und Mittelständler in technologisch hochgerüsteten Industrieländern daran gewöhnt, dass die Marktregale stets reich gefüllt sind mit preiswerten Grundnahrungsmitteln.

Jetzt nicht mehr. Russlands Diktator schickt mit seinem Krieg gegen die Ukraine Schockwellen durch die Wirtschaftswelt. Die Rohstoffmärkte spielen verrückt, die Spekulationen rund um Ölembargo und Gaslieferstopp, um Ernteausfälle und Rohstoffknappheiten schießen ins Kraut. Viele Grundstoffe und Materialien sind knapp und teuer - und bleiben es womöglich für lange Zeit. Die ersten Lieferketten reißen, kaum dass sie wieder Stabilität gewonnen hätten nach zwei Jahren Coronakrise. Unternehmen reagieren mit Produktionsstopps und Rationierungen. Und fragen sich: Wohin soll das noch alles führen?

Deutschland ist mit seiner soliden industriellen Basis besonders verwundbar. Die Politik hat vielen Warnungen zum Trotz bis zuletzt auf die geschäftliche Rationalität eines Staatsverbrechers vertraut - und muss nun die Frühwarnstufe des "Notfallplans Gas" ausrufen, weil Putin sein Gas nicht mehr in Euro und Dollar bezahlt wissen will. Deutschlands Gasspeicher? Ziemlich leer. Deutschlands Rohstofflager? Gibt es nicht. Nicht für Platinmetalle wie Palladium, nicht für Basismetalle wie Zink. Nicht für Seltene Erden wie Neodym. Politik und Unternehmen haben auf eine "flache Welt" der niedrigen Handelsbarrieren und liberalisierten Märkte gesetzt; nun droht der ganze Standort am Fels geopolitischer Macht- und Wirtschaftsinteressen zu zerschellen. Die Regierenden versuchen nun als Handelsreisende zu retten, was zu retten ist, erschließen flugs neue Rohstoffquellen. Und auch die Unternehmen reißen das Steuer herum, wagen ungewöhnliche Manöver.

Peter Buchholz hat noch nie so viele Anrufe besorgter deutscher Firmen erhalten wie in diesen Wochen. Der Chef der Deutschen Rohstoffagentur DERA, eine Behörde des Bundeswirtschaftsministeriums, analysiert und kartografiert die Lage rund um die Erschließung und Versorgung von Rohstoffen: "Wir verfügen bei mineralischen Rohstoffen über die beste und breiteste Datenbasis, teilweise schon in Echtzeit." Das jüngste Monitoring listet sie auf: Bei 133 Produkten und Rohstoffen bestehen derzeit "hohe potenzielle Beschaffungsrisiken".

Buchholz hat viele Zahlen, Rohstoffe und Herkunftsländer abrufbereit im Kopf. Russland: wichtig für Palladium, Titan und hochwertigen Nickel für E-Auto-Batterien. China: Heimat von 60 Prozent aller Seltenen Erden. Brasilien: Niob wird weit überwiegend hier gewonnen. Der Behördenchef ist sicher: Es gibt in der Wirtschaft "ein neues Risikobewusstsein in Bezug auf die Versorgungssicherheit", und der Krieg Russlands gegen die Ukraine wirkt wie ein Bewusstseinsbeschleuniger. Was die Wirtschaftskraft Russlands und der Ukraine anbelangt, sollten Krieg und Sanktionen Deutschland und Europa nicht allzu sehr belasten. Aber auch der Ausfall von Edelgasen, Weizenernten und Kabelbäumen löst in einer dicht vernetzten, globalisierten Welt Kaskadeneffekte aus, die Betriebe, Branchen und Volkswirtschaften schmerzen. Viele Unternehmen bemühen sich nun eilig darum, "die Lieferkette für entscheidende Rohstoffe breiter zu diversifizieren", sagt Buchholz. Aber er sagt auch:

"Diversifizierung geht nicht über Nacht. Sie benötigt Zeit." **EIN ZWERG, EIN RIESE**

Zumal Russland als Rohstofflieferant kein Zwerg ist, sondern ein Riese. Addierte man den Wert aller Bodenschätze eines Landes, stünde Russland mit 75 Billionen Dollar an der Spitze, vor den USA (45 Billionen) und China (23 Billionen). Deutschland hat zuletzt 41 Prozent seines Bedarfs an Titan (ein wichtiger Grundstoff für die Luft- und Raumfahrt) aus Russland bezogen, 44 Prozent seines Bedarfs an Nickel. Auch Palladium, ein wichtiges Metall für Autokatalysatoren, kam zu großen Teilen aus Russland (siehe Grafik Seite 19). Die Autobauer Volkswagen, BMW und Daimler mussten ihre Werke wegen des Mangels an Nickel zeitweise herunterfahren.

Noch größer ist die Abhängigkeit von russischem Erdgas. Deutschland importiert mehr als die Hälfte seines Bedarfs aus Russland. Der Rohstoff wird in der Energiegewinnung und Stromerzeugung genutzt, aber auch als Basisressource für chemische Produkte. BASF müsse sein Chemiewerk in Ludwigshafen abschalten, sollte Deutschland kein russisches Gas mehr erhalten, sagt BASF-Chef Martin Brudermüller: "Kurzfristig ist russisches Gas nicht zu ersetzen." Für Schaltbau-Chef Brandes hat sich die Rohstoffknappheit schon lange angekündigt. Während der Coronapandemie habe die Firma dringend Kunststoffgranulat gebraucht - "und noch ein paar Tonnen in China gefunden". Das Granulat ist ein Abfallprodukt der Benzinproduktion, die damals zeitweise heruntergefahren wurde. Brandes ließ das Granulat dann per Eisenbahn nach Deutschland transportieren.

Später fehlten ihm Chips für die Schaltbauprodukte. Er ist dabei auch "auf den Service von Rohstoffbrokern angewiesen", sagt Brandes. Und als auf diesem Markt plötzlich auch die Autohersteller auftauchten, konkurrierte er als Mittelständler "plötzlich mit den Großen: Da hatten wir das Nachsehen".

Nun gibt es am Rohstoffmarkt immer mal wieder Phasen mit hohen Preisen und drohender Verknappung. "Doch diesmal ist die Lage bedrohlicher denn je", sagt Marc Kloepfel, Geschäftsführender Gesellschafter der auf Beschaffung spezialisierten Beratung Kloepfel Consulting aus Düsseldorf. Der Chiphersteller Infineon etwa musste zuletzt seine Chipproduktion reduzieren, weil das Edelgas Neon zeitweise fehlte.

Unternehmen fürchten nun, dass Rohstoffe auf breiter Front knapp werden könnten, etwa wenn Russland seine Lieferungen einstellt: "Dann muss nur einem Zulieferer das Material für ein wichtiges Teil ausgehen - und schon kann in der Luftfahrt oder auch im Rüstungsbereich in kurzer Zeit alles stillstehen", sagt Andreas Hoberg, Chef der Ulmer Beratung Ingenics.

Bei Matthias Rüth haben sich kurz nach Kriegsausbruch gleich mehrere Konzerne gemeldet, um die Lage zu sondieren. Rüth ist Gründer und Chef des Frankfurter Rohstoffbrokers Tradium, spezialisiert auf Technologiemetalle, Seltene Erden und Edelmetalle. 200 Tonnen lagern in seinen Hallen. Er ist seit drei Jahrzehnten im Geschäft. Aber eine Situation wie diese habe er noch nicht erlebt. Bei Platin, Palladium und Rhodium gebe es eine "brutale Volatilität", bei Zinn habe sich "der Markt von der Realwirtschaft entkoppelt". Liefern könne er nach wie vor; es sei alles eine Frage des Preises.

Rüth sagt: Vielen Unternehmen fehle Weitsicht, sie agierten "kennzahlengetrieben". Sie würden Rohstoffe und Metalle immer nur dann einkaufen, wenn sie sie bräuchten. Er rät Kunden "zu einer physischen Bevorratung für rund sechs Monate" - und sieht bei einigen Stoffen bereits langfristige Knappheiten entstehen. Die Weltproduktion des Halbmetalls Germanium liege bei knapp 160 Tonnen pro Jahr, vor allem in China; man benötigt es etwa für Glasfasern und Nachtsichtgeräte. Rüth sei überzeugt, dass die Nachfrage steigen werde. Er geht ins Risiko, lagert tonnenweise Germanium: Das ist halt auch "ein Spekulationsthema".

VOM HANDEL AUSGESETZT

Schieflagen an den Rohstoffbörsen können Industrien erschüttern: Ende 2021 wollte der chinesische Eigner des weltgrößten Produzenten von Nickel bis zu 150 000 Tonnen, also fast sechs Prozent der Weltjahresproduktion, gegen fallende Preise absichern. Doch er verzockte sich: Angst vor Lieferengpässen aus Russland, mit gut neun Prozent Weltmarktanteil der drittgrößte Nickelproduzent, sorgte jetzt an der London Metal Exchange für eine Preisexplosion, wie es sie in der 145-jährigen Geschichte der Metallbörse noch nie gegeben hat: Nickel verteuerte sich in 24 Stunden um bis zu 250 Prozent. Der Handel wurde mehrfach ausgesetzt.

Für Rohstoffhändler sind starke Ausschläge bei den Preisen inzwischen ein Problem. Das Geschäft der Konzerne wie Glencore (Schweiz) oder Trafigura (Niederlande) lief lange Zeit gut, nun fordern sie aber Staatshilfe (siehe Kasten Seite 18).

Für Unternehmen bergen die Preiskapriolen und -sprünge ebenso Risiken. Einkäufer von Volkswagen sehen derzeit noch "keine Versorgungsrisiken mit Auswirkungen auf die Fahrzeugproduktion", heißt es im Konzern; viele Autobauer und Zulieferer haben sich mit Derivaten und langfristigen Lieferverträgen abgesichert, so auch VW. Doch wenn die Kontrakte in ein paar Monaten enden, könnten die Kosten der E-Autos aus dem Ruder laufen. In einer durchschnittlichen Lithium-Ionen-Batterie stecken rund 35 Kilogramm Nickel und bis zu zwölf Kilogramm Kobalt und Lithium. Wie teuer das werden kann, zeigt sich bei BMW: Obwohl die Münchner - übrigens anders als VW - mit vielen Rohstoffproduzenten direkte Lieferbeziehungen aufgebaut haben, erwarten sie für 2022 zusätzliche "Belastungen in Höhe eines mittleren bis hohen dreistelligen Millionenbetrags".

Volkswagen arbeite nun "an einer anderen Batteriechemie", sagt Konzernchef Herbert Diess. Das war schon vor dem Ukrainekrieg ein Thema im Konzern - wegen der Kosten, aber auch wegen der Abhängigkeit von bestimmten Rohstofflieferanten und der Nachhaltigkeit der Produktion. Weil Nickel teuer ist und Kobalt oft unter menschenunwürdigen Bedingungen gewonnen wird, favorisiert Volkswagen statt Lithium-Nickel-Mangan-Kobalt-Batterien für viele Modelle Lithium-Eisenphosphat-Batterien. Sie sind nicht ganz so leistungsfähig, aber frei von Nickel und Kobalt. Tesla verwendet sie

bereits. VW will 2023 so weit sein.

Volkswagen ist also auf einem gutem Weg - wenn der Konzern nicht ausgerechnet in Wolfsburg in die Putin-Falle getappt wäre. Das Ansinnen war gut: VW wollte sich energiepolitisch sauberer aufstellen, rüstete seine Kraftwerke von Emden über Kassel bis Wolfsburg für 400 Millionen Euro von Kohle auf Gas um. Nun explodieren die Gaspreise - und verteuern die Autoproduktion.

Das VW-Beispiel zeigt, wie groß die Zielkonflikte für Unternehmen sind in Zeiten des Klimawandels und der Energiesicherheit, der Lieferengpässe, der Rohstoffknappheit und Preisexplosionen - und auch einer wertebasierten Außenpolitik.

AB MAI KEIN PAPIER MEHR?

Besonders dramatisch ist die Lage in der Druck- und Papierbranche. Im Februar meldeten nach einer Umfrage des ifo Instituts 92 Prozent der Druckereien Materialknappheit, mehr als in jedem anderen Bereich. Und das alles bei steigenden Strompreisen.

Bei Drewsen im niedersächsischen Lachendorf ist die Halle noch gut gefüllt. Der Zellstoff stapelt sich in Blöcken links und rechts, vorne und hinten, meterhoch; er ist dick wie Pappe, blütenweiß und schwer. Matthias Rauhut geht zu einem dieser Blöcke, reißt ein Stück ab, zeigt auf die Fasern, die sich an der Kante zeigen: beste Qualität. Das Unternehmen stellt Spezialpapiere her, fertigt Sicherheitspapiere für Schecks, Beipackzettel, Urkunden, Haftetiketten. Die drei Papiermaschinen im Werk bei Hannover sollen in diesem Jahr 170 000 Tonnen produzieren - wenn Drewsen genug Zellstoff bekommt: "Was Sie hier sehen, reicht vielleicht für zwei Tage." An Zellstoff für die Papierproduktion herrscht prinzipiell kein Mangel. Er wird aus Holz hergestellt, und Holz gibt es genug, beinahe überall auf der Welt: Bäume, zur Not geht auch Hanf oder Baumwolle. Dennoch ist Zellulose derzeit ein rares Gut, sagt Rauhut: "Im Augenblick bekommen wir kaum noch etwas." Wenn er die Vorräte im Lager mitzählt und die Bestellungen, reicht es vielleicht noch für zwei Monate: "Ich mache mir Sorgen, dass wir im Mai und Juni nichts mehr haben." Vielleicht muss das Unternehmen seine Maschinen erst dann stoppen. Andere haben das schon längst getan, heißt es aus der Branche - weil der Preis für Gas am Spotmarkt zu hoch war. Sollte Putin weiter am Gashahn drehen, hätte das verheerende Effekte auf die Branche.

Gas ist eine Art Grund-Rohstoff - fällt die Versorgung aus, sind die Kaskadeneffekte kaum absehbar. Für viele anderen Rohstoffe gilt: Ihre Knappheit trifft bestimmte Branchen und jedes Unternehmen unterschiedlich schwer. Kein Fall gleicht dem anderen. Und jede politische Antwort auf die Engpässe und Preissprünge ist deshalb problematisch. Schaltbau-Chef Brandes fordert "eine strategische Einkaufsgemeinschaft für Rohstoffe", sozusagen das Modell "Edeka" für die deutsche Industrie. Doch dieses Modell gab es schon einmal - und ist grandios gescheitert.

Gut zehn Jahre ist das jetzt her. Damals gründeten Unternehmen mit hohem Bedarf an Mineralien, darunter Bayer, Bosch, Thyssenkrupp, Volkswagen und Wacker Chemie, unter Führung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) die Rohstoffallianz GmbH. Die Grundidee der 15 Mitglieder: eine "global agierende gewinnorientierte Rohstoffgesellschaft", die sich an Minen mit besonders wichtigen Materialien beteiligt und mit Blick auf andere Rohstoffe die Einkaufsmacht der Unternehmen bündelt.

Klingt gut. "Doch das Projekt kam leider nie so recht aus den Startlöchern", erinnert sich Matthias Wachter, Abteilungsleiter Rohstoffe beim BDI und damals einer der Beteiligten. Erst gab es Kartellvorwürfe. Dann scheiterte die Idee an unterschiedlichen Vorstellungen: "Jedes Unternehmen erwartete, dass die Allianz vor allem die je eigenen Beschaffungsbedürfnisse adressiert", erinnert sich der Manager eines Unternehmens. Autokonzerne schoben die Allianzeinkäufer Richtung Hightechmetalle, Stahlkocher verlangten vor allem Einblaskohle für Hochöfen - und sie alle ignorierten den Kaufclub, wenn sie auf eigene Faust billiger einkaufen konnten. Und so wurde die Rohstoffallianz 2016 still und leise wieder abgewickelt.

AUS DEM TRAUM GERISSEN

Wohin Franziska Brantner auch schaut: Sie sieht lauter Vorbilder. Die grüne Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium ist seit Amtsantritt im Dezember 2021 zuständig für das Thema Rohstoffversorgung. Und hat schnell erfahren müssen, dass fast alle EU-Länder, aber auch Japan und die USA umfangreiche Metall- und Rohstoffreserven besitzen und bewirtschaften, teils staatlich organisiert, teils privat, teils halb staatlich, halb privat. Deutschland hingegen? Bevorratet bis heute nur Öl; eine nationale Gas- und Kohlereserve wird eilig vorbereitet. Es ist, als wache (nur) Berlin einmal mehr aus süßen Globalisierungsträumen auf.

Als Bundesregierung "verfolgen wir das klare Ziel, die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft bei Roh- und Grundstoffen zu stärken. Daran arbeiten wir mit ganzer Kraft", sagt Brantner. Und sie sagt auch: "Wir brauchen eine Rohstoffpolitik, die aktiver Resilienz, Effizienz und Nachhaltigkeit in Einklang bringt - alles andere wäre fahrlässig bei einem verflochtenen Standort wie unserem." Brantner plädiert für Diversifizierung. Für Recycling. Für die Erforschung von Ersatzstoffen für seltene Metalle. Sie bespricht mit der deutschen Wirtschaft, inwiefern mehr Lagerhaltung und Kapitalbindung künftig bilanziell nicht mehr bestraft, sondern als Risikovorsorge geschätzt werden könnte. Sie sondiert mit Ländern wie Chile, Kanada oder Australien, ob politische Flankierung nötig ist, um neue Rohstoffquellen für deutsche Firmen zu erschließen. Und organisiert mit Südafrika gerade Ersatz für Palladium, das bisher vor allem aus Russland kam.

DEUTSCHE FIRMEN ZU BRÄSIG

In vielen rohstoffreichen Ländern haben deutsche Firmen oder Investoren zuletzt jedoch kaum Flagge gezeigt - ganz anders als beispielsweise China. Und Peking hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur in viele Bergbauprojekte weltweit eingekauft; das Land ist auch einer der wichtigsten Rohstoffproduzenten: "Es gibt grundsätzlich ein China-Klumpenrisiko", sagt Brantner, "das wir schnellstmöglich reduzieren müssen." Berlin setzt auch auf Brüssel. In der EU sind kritische Rohmaterialien inzwischen Chefsache. Bei ihrem informellen Treffen in Versailles vor wenigen Wochen nahmen die 27 EU-Staats- und Regierungschefs das Thema in ihr Abschlusscommuniqué auf: "Wir werden das Angebot in der EU durch strategische Partnerschaften, strategische Vorratshaltung, Recycling und Ressourcen-Effizienz sichern." Frankreich hätte das Ziel gerne ambitionierter formuliert: Bis 2030 sollte mindestens ein Drittel der EU-Nachfrage von kritischen Rohstoffen aus Lagerhaltung, Recycling und heimischer Produktion gedeckt werden. Doch der Passus wurde von anderen EU-Staaten abgelehnt.

Dabei hat die französische Freude an der Planwirtschaft in diesem Fall Vorteile: "Regierung und Unternehmen arbeiten Hand in Hand zusammen", sagt die Berliner Christdemokratin und Europaabgeordnete Hildegard Bentele, die 2021 einen Bericht des Europäischen Parlaments zum Thema verantwortete; im vermittelnden Industrieministerium wüssten man stets, welches Unternehmen mit welcher Mine zusammenarbeite. Die deutsche Bundesregierung gehe dagegen "mit einer gewissen Grundskepsis an den Bergbau heran", so Bentele.

Forciert werden in Brüssel derzeit internationale Deals. Die EU-Kommission arbeitet an Abkommen mit Drittländern, um den Vorrat von kritischen Rohstoffen sicherzustellen. Im vergangenen Sommer wurde ein Vertrag mit Kanada geschlossen, einer mit Norwegen ist in Arbeit. Die Europäer liefern sich außerdem mit den USA ein Wettrennen um Vorkommen in Grönland, und auch bei Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit Australien und Chile spielen Rohstoffe eine wichtige Rolle.

Die deutsche Industrie fordert mehr Pragmatismus, um die Knappheiten zu begrenzen. Politische Entscheidungen sollten immer auch darauf geprüft werden, ob sie der Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen dienlich sind: "Das sollte in einem Land mit vielen Arbeitsplätzen in der Industrie ebenso eine Rolle spielen wie die Förderung von Nachhaltigkeit oder Sozialstandards", sagt BDI-Experte Matthias Wachter. Das gelte etwa auch für das Lieferkettengesetz, das Metalllieferungen aus Ländern untersagen könne, in denen Menschenrechte oder juristische Standards nicht eingehalten werden.

Ebenso wichtig ist aus Sicht des Verbands die Erschließung deutscher Bodenschätze: Zwei Billionen Kubikmeter Erdgas sollen erschließbar sein, ein Bruchteil der russischen Jahresleistung, aber immerhin. Auch viele Metalle wie Kobalt, Seltene Erden oder Lithium ließen sich hierzulande relativ einfach fördern und verarbeiten.

Und warum werden sie nicht?

Dietrich Wanke, Chef des australischen Bergbauunternehmens European Lithium, wagt im Kärntner Ort Wolfsberg gut 50 Meter unter Tage in Gummistiefeln durch einen feuchten, hellen Stollen: "Das weiße Gestein heißt Spodumen. Daraus wird Lithium gewonnen." Mehr als zehn Millionen Tonnen soll der Berg bevorraten - für Wanke ist es ein Schatz. Er leuchtet mit seiner Taschenlampe durch den Tunnel, fährt mit einem Finger über die nahezu glatte Oberfläche des Gesteins und lacht: "Hier liegt das Geld." Frühestens Ende 2024 rücken die ersten Bagger an. Aber bisher sind nur ausländische Investoren interessiert. Und Geld von der Politik gibt es nicht, weil die EU keine Bergbauprojekte fördert: "Der Bergbau in Europa wird seit 30 Jahren abgewürgt", sagt Wanke; der Kontinent habe sich selbst von der Rohstoffversorgung abgeschnitten: "Man kann nur hoffen, dass jetzt ein Umdenken stattfindet."

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

41 Prozent seines Bedarfs an Titan hat Deutschland zuletzt aus Russland bezogen. Auch Nickel und Palladium importiert Deutschland zu großen Teilen aus Putins Reich.

75 Billionen Dollar - das ist die Summe aller Bodenschätze Russlands. Der Wert der Rohstoffvorkommen in den USA addiert sich auf 45 Billionen Dollar, in China auf 23 Billionen.